

## 8. März – DIE LINKE gratuliert allen Frauen zum Internationalen Frauentag Feminismus – ist das nicht ein alter Hut?

Seit Jahrhunderten kämpfen Frauen um gleiche Rechte, um Selbstbestimmung, Bildung, das Recht, einem Beruf nachzugehen, das Wahlrecht, gleiche Bezahlung, kürzere Arbeitszeiten, ein friedliches Leben und den Schutz vor Gewalt. In den letzten 100 Jahren haben sie viel erreicht.

Heute gibt es Gleichstellungsbeauftragte, ein Allgemeines Gleichstellungsgesetz, in Stellenausschreibungen wird korrekt die weibliche Form benutzt, wir haben Chefinnen, Fußballerinnen, Boxerinnen, eine Ministerin mit sieben Kindern und sogar eine Bundeskanzlerin – leider auch Soldatinnen. Viele junge Frauen heute scheinen zu meinen, Feminismus gehöre in die Mottenkiste. Aber um eine wirkliche Chancengleichheit zu erreichen, ist noch viel zu tun. Allgemein sind Frauen in Spitzenpositionen immer noch unterrepräsentiert: In unserer Bundesregierung sind von den

15 MinisterInnen nur 5 Frauen. Nur 35 % der Abgeordneten des

Deutschen Bundestages sind weiblich. 45 % der Beschäftigten in der deutschen Privatwirtschaft sind Frauen, auf der 1.



Karikatur „Eulenspiegel“

Führungsebene sind es jedoch nur 24 %.

Noch immer werden Frauen – bei gleichwertiger Arbeit – im Durchschnitt 22 % schlechter bezahlt als Männer. Woran

liegt das? Alte Rollenmuster halten sich hartnäckig. Mädchen sind schon frühzeitig auf eine ganz andere Berufswahl

eingestellt als Jungen, auf die typischen „Frauenberufe“, wie sie es von ihren Müttern und aus den Medien kennen. Unter

den Studierenden in den Ingenieurwissenschaften beträgt der Frauenanteil noch immer ganze 11 %. Und die „typischen Frauenberufe“ werden schlechter bezahlt – nicht, weil sie leichter oder weniger wert wären, sondern weil dort vorwiegend Frauen arbeiten, als „Zuverdienerinnen“ diskriminiert.

Nach einer Umfrage des Fami-

lienministeriums wünschen sich 95 % der Frauen heute ein Leben mit Beruf – 85 % wollen gleichzeitig Kinder haben. Die Familienpolitik in der Bundesrepublik trägt jedoch noch immer nicht ausreichend dazu bei, Chancengleichheit für Frauen herzustellen. Das Elterngeld hätte ein Schritt in die richtige Richtung sein können – wenn es denn nicht Menschen mit geringen Einkommen oder ALG II stark benachteiligen würde. Es sollte ja auch Akademikerinnen animieren, Kinder zu bekommen. Wenn das Kind dann seinen ersten Geburtstag feiert, kommt das böse Erwachen: Bis 2013 sollen Betreuungsplätze für 1/3 der unter Dreijährigen geschaffen werden – viel zu wenige, und auch die Umsetzung kommt nicht recht voran. Viele Betriebe haben die Zeichen der Zeit erkannt und bieten inzwischen familienfreundliche Arbeitszeitregelungen an. Aber es gibt kein Gesetz, dass die Firmen dazu verpflichtet. Dass Väter solche Regelungen in Anspruch nehmen (können), ist noch immer

Fortsetzung von Seite 1

die Ausnahme. Auch in vielen „frauentypischen“ Bereichen – im medizinischen und im Pflegebereich sowie im Handel – wird immer größere Flexibilität von den ArbeitnehmerInnen verlangt. Wenn sie also kein Glück hat, landet die gut ausgebildete, bis dahin im Beruf erfolgreiche Frau also am Ende doch wieder am Herd und findet nie wieder einen Einstieg in einen gleichwertigen Job.

Das größte Armutsrisiko in Deutschland ist es, als ArbeitsloseR, als GeringverdienerIn oder AlleinstehendeR auch noch mehrere Kinder zu haben. 82 % der Alleinerziehenden sind Frauen. 45% dieser Kleinfamilien fallen unter die Armutsgrenze.

Die geplante „Herdprämie“ für unter Dreijährige wird dazu führen, dass gerade Bezieherinnen geringer Einkommen bzw. von ALG II ihre Kinder nicht mehr in die Kita bringen – einfach, weil sie das Geld dringend brauchen. Ein Desaster für die Kinder.

Die Hartz-IV-Reform hat Frauen durch die Definition der „Bedarfsgemeinschaft“ besonders hart getroffen: Für Personen, die über eine Anrechnung des Partnereinkommens aus dem SGB II herausfallen, werden keine Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt. So führen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt, die sich aus den geschlechtsspezifischen Zuschreibungen der Fürsorgeaufgaben ergeben, direkt zur Altersarmut von Frauen. Frauen, die keine Leistungen aus dem ALG I und ALG II erhalten, haben überdies keinen Anspruch auf Eingliederungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Das Ehegattensplittingschmälerlert die Steuereinnahmen der Bundesrepublik jährlich um rund 20 Mrd. Euro. Es begünstigt über alle Maßen die Gutverdienenden, die sich eine Hausfrau leisten können. Dieses Geld könnte viel sinnvoller Familien mit Kindern zugute kommen! Aber keine der sich so modern gebenden Partei traut sich an

diese anachronistische Subventionierung der Ernährer-Ehe, in der die Frau ein wenig „hinzuverdient“ heran. In Deutschland tragen Frauen gerade 18 % zum Familieneinkommen bei. Zum Vergleich: In den USA sind es 35 %! Zwei Drittel der in Minijobs Arbeitenden sind Frauen. Im Fall einer Trennung sind unter den herrschenden Verhältnissen für die betroffene Frau prekäre Arbeitsverhältnisse und Altersarmut die sichere Folge.



Karikatur „Eulenspiegel“

Auch wenn es seit 2002 ein Gewaltschutzgesetz gibt – noch immer sind Frauen männlicher Gewalt ausgesetzt, vorwiegend in der Ehe. Erst seit 1997 steht Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe.

Kommen wir zu den Gleichstellungsbeauftragten: In Niedersachsen gab es bis 2005 in allen Kommunen mit mehr als 20 000 Einwohnern hauptamtliche Frauenbeauftragte – insgesamt 137. Eine Gesetzesänderung führte dazu, dass inzwischen nur noch 17 Kommunen verpflichtet sind, Gleichstellungsbeauftragte zu beschäftigen.

Am 19. März 1911 wurde – initiiert von Clara Zetkin – erstmals ein Internationaler Frauentag begangen. Die zentralen Forderungen der Frauen waren:

- Kampf gegen den imperialistischen Krieg
- Wahl- und Stimmrecht für

Frauen

- Arbeitsschutzgesetz
- ausreichender Mutter- und Kinderschutz
- der Achtstundentag
- gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung
- Festsetzung von Mindestlöhnen

Einige dieser Forderungen sind heute noch auf der Tagesordnung. So setzt sich DIE LINKE auch heute noch gegen Kriegseinsätze, für einen ge-

Das ist doch ein Gesellschaftsbild, für das es sich zu engagieren lohnt – auch für junge Frauen!

## Das Braunschweiger Bündnis 8. März

Frauen aus allen denkbaren gesellschaftlichen Gruppen und Gremien, Parteiose, Mitglieder von CDU, Grünen, der LINKEN und der SPD sitzen an einem Tisch im türkischen Frauenverein „Elele“, trinken Tee und planen einträchtig alljährlich eine Veranstaltungsreihe. Hier wird effektiv gearbeitet, viel Phantasie gebraucht, auch gestritten – und viel gelacht. Ein Märchen? Nein, das 8.-März-Bündnis! Hier, unter Frauen, funktioniert, was sonst wohl niemand für möglich hielt: Alle Beteiligten ziehen an einem Strang. Heraus kommen jeweils ein bis zwei Veranstaltungswochen rund um den Internationalen Frauentag. Politik sollte weiblicher werden!

In diesem Jahr haben wir Frauen unsere Veranstaltungen unter das Motto „In die Jahre gekommen...“ gestellt – was auf keinen Fall heißen soll, dass wir uns oder gar unsere Forderungen für verstaubt halten! Das Bündnis ist jetzt 22 Jahre alt, einige der Frauen waren von Anfang an dabei. Sie haben den jüngeren Generationen einiges mit auf den Weg zu geben, die Sorge um Werte, die in unserer ökonomisierten Welt auf der Strecke zu bleiben drohen, um die fehlende Zeit für zwischenmenschliche Kontakte, für Kreativität, Bildung, Nachdenklichkeit, Muße. Themen wie der gesellschaftliche und private Umgang der Geschlechter und Generationen miteinander, Frieden und die Bewahrung der Natur bleiben immer aktuell. Jede der in diesem Jahr geplanten Veranstaltungen greift einen anderen Aspekt des Themas „älter werden“ auf.

Von Astrid Lindgren stammt der Satz: „Es steht in keinem Gesetz, dass alte Weiber nicht auf Bäume klettern dürfen.“ Nein, wir sind nicht bescheidener geworden!

# Braunschweig braucht ein soziokulturelles Forum als Treffpunkt für seine Bürgerinnen und Bürger



Das FBZ - wie es einmal war

Mancher jüngerer Braunschweiger sich vielleicht schon gar nicht mehr an das Freizeit- und Bildungszentrum im Bürgerpark. Dennoch macht sich sein Fehlen für viele Gruppen nach wie vor bemerkbar.

Die Erkenntnis, dass eine Stadt wie Braunschweig mit vielen kleineren und größeren Vereinen, Selbsthilfegruppen und Verbänden ein soziokulturelles Zentrum benötigt, gibt es nicht bei den Ratsmehrheiten von CDU und FDP. Deshalb war auch eines der ersten Kürzungsobjekte, als es 2002 um die Sparmaßnahmen des neuen Oberbürgermeisters Hoffmann ging, das Freizeit- und Bildungszentrum im Bürgerpark.

Etwas in die Jahre gekommen, erfreute es sich dennoch großer Beliebtheit, denn hier kamen viele positive Aspekte zusammen: Eine zentrale Stadtlage in einem schönen Park; eine Gastronomie, in der man sich auch mal ohne Verzehr von Getränken und Spei-

sen mit seinen Kindern aufhalten konnte; viele preiswerte Räume in den verschiedensten Größen für Selbsthilfegruppen, Workshops oder was auch immer. Zugegeben, die Sanitäranlagen waren sanierungsbedürftig und auch der große Saal war eben in die Jahre gekommen.

Aber all das hätte man mit gutem Willen und entsprechenden Geldern ändern können.

Doch für die konservative Ratsfraktion und ihren Oberbürgermeister war das eher ein Grundstück, mit dem man für auswärtige Besucher werben wollte, die Luxus lieben. Und so reifte sehr schnell der Gedanke: Dort lassen wir ein Luxushotel entstehen, damit auch Braunschweig hotelmäßig Anschluss an New York oder wenigstens an Hamburg oder Berlin erhält.

Zunächst dümpelte das geschlossene Freizeit- und Bildungszentrum als Schandfleck im schönen Park vor sich hin. Zwischenzeitlich nutzte

die Friedenskirche wegen ihres Neubaus die Räume. Dann kam Kanada-Bau. Man wolle die maroden Gebäudeteile abreißen, das Pumpenhaus und der Wasserturm als denkmalgeschützt sollten/mussten stehen bleiben. Und bald hatte die Ratsmehrheit den Beschluss gefasst: Grundstückswert 800.000 € (zweifellos ein Schnäppchenpreis bei der Lage!) und ebendiese Kosten sollte auch der Abbruch betragen. Alle Widerstände von Seiten der LINKEN waren vergeblich: Im November 2008 wurde dem Verkauf des Grundstückes an Kanadabau im Rat zugestimmt. Und Kanadabau hat inzwischen die

Stadt und die Öffentlichkeit hat 800.000€ (oder vielleicht noch mehr?) für den Abriss bezahlt. Ein Hotelinvestor ist nicht in Sicht, Braunschweig braucht ein solches Hotel nach Ansicht der Hotelbranche auch überhaupt nicht. Und nun? Wir werden weiterhin das soziokulturelle Zentrum fordern, denn es gehört dorthin. Und es wäre durchaus mit einem Haus der Kulturen kombinierbar, das Braunschweig ebenso dringend zentral gelegen benötigt. Aber wundern darf man sich nicht, wenn die Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP das Gelände, sollte sich das Luxushotel nicht realisieren lassen, letztlich für Wohnbebauung



Durch diesen Eingang gingen viele, auch international bekannte, Musiker und Musikerinnen

neueren Gebäudeteile abgerissen. Wie eine Ruine stehen jetzt Turm und Pumpenhaus auf einem leergeräumten, aber unbegrüntem Platz. Und am 31.12.2009 hat Kanadabau von seiner Rücktrittsoption Gebrauch gemacht: Das Grundstück gehört nun wieder der

zur Verfügung stellen, weil ja alles andere für die Stadt nicht finanzierbar sei, am wenigsten etwas, was einen sozialen Aspekt hat. Im Augenblick jedenfalls wartet man auf bessere Zeiten, wie lange das dauern soll, weiß niemand.

*(Gisela Ohnesorge)*

# Braunschweiger Haushaltswunder „hat fertig“ Neben Steuereinbrüchen fehlen Einnahmen aus privatisierten Betrieben

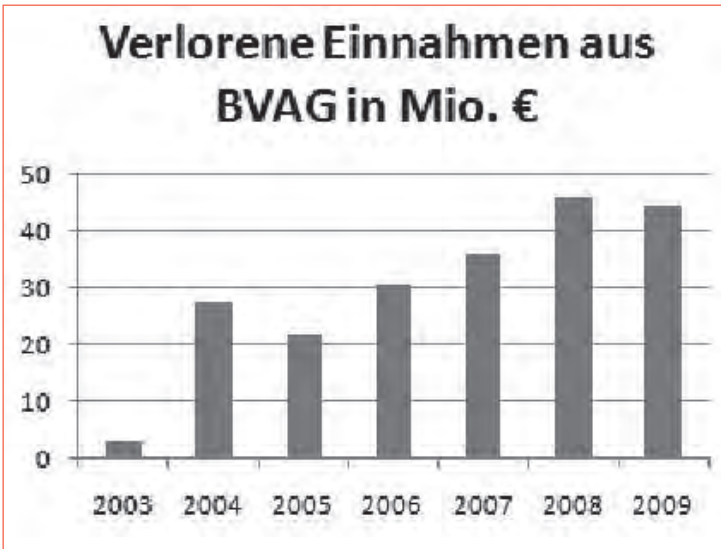
2001 ist der damalige OB-Kandidat Hoffmann (CDU) mit dem Versprechen angetreten, den städtischen Haushalt mit Privatisierungen, Sozialabbau und Sparprogramm zu sanieren. 2001 war auch das Jahr, in dem die Gewerbesteuer in Braunschweig um 34 Mio. Euro zurückging. Ein ähnlicher Vorgang wie in der derzeitigen Wirtschaftskrise. Nur setzte der damalige OB-Kandidat Hoffmann aber nicht auf die Bundesverantwortung – wie er es jetzt richtigerweise tut – ,sondern versprach einen soliden Haushalt aus eigener Kraft.

fehlen. So sind dem städtischen Haushalt allein durch die Privatisierung der Braunschweiger-Versorgungs-AG (BS-Energy) in den letzten 7 Jahren, 209 Mio. Euro verloren gegangen. Allein in 2009 werden der Stadt durch diese eine Privatisierung 44,1 Mio. Euro entgehen.

Hier wird deutlich, was die Linksfraktion im Rat der Stadt Braunschweig schon immer gesagt hat: Wer privatisiert, verzichtet auf Einnahmen und sorgt dafür, dass die Stadt in absehbarer Zeit finanziell fertig ist. Man möge sich daran erinnern, wie Hoffmann dafür gefeiert wurde, weil er für den zweimaligen Ver-

Dadurch mussten deren Verluste nicht mehr vom Haushalt bedient werden und der Haushalt wurde ausgeglichen. Dies war eine wesentliche Operation

auf die städtischen Finanzen der Zukunft wird weiter privatisiert. Und auch der erneute Personalabbau ist falsch und wird von der LINKEN abgelehnt. Wir werden

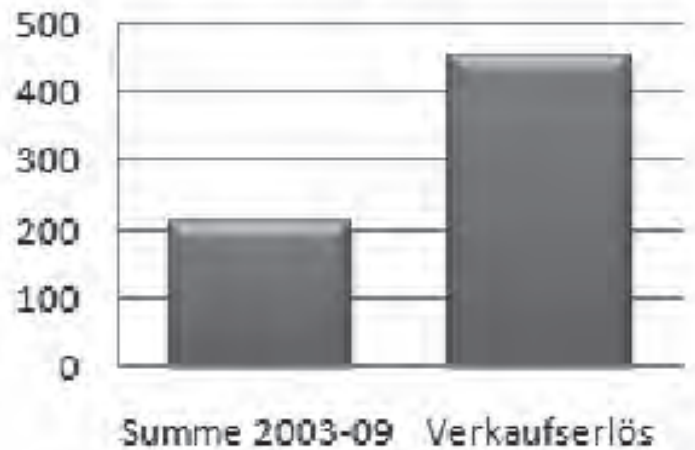


Seit der Wahl erlebt Braunschweig nun seit 8 Jahren eine beispielelose Privatisierungswelle, deren Auswirkungen auf den städtischen Haushalt bundesweit von neoliberalen Pressevertretern teilweise bis zum heutigen Tag als „Wunder von Braunschweig“ bezeichnet werden. Doch dieses Wunder hat es nie gegeben und das wird jetzt auch deutlich. Für das Jahr 2010 wird ein Fehlbetrag des städtischen Haushaltes von rund 100 Mio. Euro prognostiziert. Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass die Einnahmen aus den privatisierten Betrieben

kauf der Braunschweiger-Versorgungs-AG (BVAG) insgesamt 453 Mio. Euro erhielt. Vor dem Hintergrund der erzielten Betriebsergebnisse erscheint dies geradezu lächerlich.

Auch eine weitere Entwicklung wird vom Oberbürgermeister seit Jahren verschwiegen. Ein Teil der Privatisierungserlöse wurde bei den damaligen Stadtwerken – nach Verkauf auch des Namens jetzt Stadt-Braunschweig-Beteiligungsgesellschaft – „geparkt“. Gleichzeitig wurden Verlustbringer wie Stadtbad- und Stadthallengesellschaft auch hier „geparkt“.

Summe der verlorenen Einnahmen und Verkaufserlös der BVAG in Mio €



des „Wunderhaushaltes“. Beglichen wurden die Defizite aus den Privatisierungserlösen. Diese schmelzen allerdings umso schneller ab. So werden von den 2003 noch vorhandenen 146 Mio. Euro am Ende dieses Jahres nur noch 39 Mio. Euro übrig sein. Dies ist ein jährlicher Verlust von rund 13 Mio. Euro, der spätestens 2014 zusätzlich den städtischen Haushalt belasten wird.

Das Fazit kann nur lauten: Wer sich mit offenen Augen den Haushalt ansieht muss doch sehen, dass Rekommunalisierung angesagt sein muss, um die Einnahmen zu stabilisieren. Doch der Oberbürgermeister, sowie CDU, SPD und FDP machen das genaue Gegenteil. Mit dem beabsichtigten 70 Mio. PPP-Programm verschärfen sie die Haushaltslage weiter. Ohne jedes Konzept und ohne Rücksicht

uns auch in den Haushaltsberatungen 2010 für eine finanzielle Stärkung des Sozialbereiches, von Bildung, Breitensport und Kultur, sowie der freien Wohlfahrtspflege einsetzen.

Verlorengegangene Einnahmen durch Privatisierung der Braunschweiger-Versorgungs-AG:

- 2003: 3,044 Mio. Euro
- 2004: 27,456 Mio. Euro\*
- 2005: 21,880 Mio. Euro
- 2006: 30,573 Mio. Euro
- 2007: 36,023 Mio. Euro
- 2008: 45,780 Mio. Euro
- 2009: 44,157 Mio. Euro\*\*

\*In 2004 hat gar keine Gewinnausschüttung an die Stadt stattgefunden, da kein Ergebnisabführungsvertrag bestand.

\*\* Aus Wirtschaftsplan 2009

Udo Sommerfeld

### Die IG Metall ohne konkrete Lohnforderung in die Tarifrunde! – Ist das ein Standortpakt?

Nach einem Beschluss des Vorstandes der IG Metall will diese in diesem Jahr keine konkrete Lohnforderung stellen, sondern in schnelle Verhandlungen bezüglich einer Beschäftigungssicherung – die auch eine Absenkung der Arbeitszeit auf 28 bzw. in besonderen Fällen auf 26 Wochenstunden beinhalten soll – eintreten.

Nach einem Beschluss des Vorstandes der IG Metall will diese in diesem Jahr keine konkrete Lohnforderung stellen, sondern in schnelle Verhandlungen bezüglich einer Beschäftigungssicherung – die auch eine Absenkung der Arbeitszeit auf 28 bzw. in besonderen Fällen auf 26 Wochenstunden beinhalten soll – eintreten.

Bei allem Verständnis für die Situation eines Teils der Beschäftigten im Metallbereich (es gibt in unserer Region Kollegen, die 2009 nur wenig mehr als 50 Tage im gesamten Jahr gearbeitet haben) und der immer noch andauernden Krise, es kann nicht angehen, das am Ende die Beschäftigten mit einem Ergebnis leben müssen, das auf ihren

Schultern wieder alles abgeladen wird – in dem sie weniger arbeiten dürfen und auch noch weniger Geld in der Tasche haben – bei steigenden Lebenshaltungskosten.

Das Problem ist: wenn die Forderung schon moderat ist, wird erfahrungsgemäß das Ergebnis – das ja einem Kompromiss entspringen wird – eine Verschlechterung mit sich bringen.

Klar ist auch, wenn die Kolleginnen und Kollegen in Deutschland Verzicht üben, wird es vielleicht – aber nur vielleicht und vielleicht auch nur in einigen Betrieben – keine Massenentlassungen geben. Diese wird es dann eben in unseren Nachbarländern geben – und das, wo viele Betriebe der Metallindustrie in Deutschland vom Export abhängig sind, also das Menschen in anderen Ländern sich die Waren, die wir herstellen auch leisten können.

Diese sogenannte Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geht zu Lasten der Einkommen unserer Kollegen und Kolleginnen und

einer gemeinsamen Politik der Gewerkschaften International, da man die Situation der abhängig Beschäftigten nur gemeinsam verteidigen kann.

Dass die IG Metall sich in der jetzigen Situation so verhält – oder verhalten muss – zeigt im Übrigen auch, dass jeder Ansatz Probleme nur rein gewerkschaftlich und auf betrieblicher Ebene zu lösen zu kurz greift. Es muss bei der Problemlösung auch politisch gedacht werden – und es muss über einen Lösungsansatz nachgedacht werden, der über das heutige politische System – dem Kapitalismus, dessen Grenzen wir gerade wieder gezeigt bekommen – hinaus geht. Es muss die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln gestellt werden, denn nur so kann man das Problem lösen, das insgesamt mehr produziert wird als gebraucht wird. Nur so kann am Ende den Beschäftigten geholfen werden.

Eine zu geringe Forderung einer unserer großen Gewerkschaften – wie der IGM – kann im übrigen auch zu einem Problem der

Durchsetzung von höheren Forderungen – wie z.B. bei Ver.di – werden, da dann versucht wird die eine Forderung gegen die andere auszuspielen, also „vernünftige“ Forderung gegen „Unvernünftige“. Auch das ist unsolidarisch, sowohl zwischen den Gewerkschaften, als auch den abhängig Beschäftigten insgesamt.

Zu hoffen ist, das es bei den Forderungen der IG Metall nicht um eine Art Standortpakt für Deutschland handelt, sondern am Ende ein Ergebnis erkämpft wird, das sowohl zeigt, das die Interessen unserer Kollegen in den Nachbarländern berücksichtigt werden, wie auch einen ordentlichen Betrag erbringt, so das die Beschäftigten am Ende auch mehr in der Tasche haben. Dies hätte zur Folge das auch die jetzigen Rentner im nächsten Jahr auf ein wenig hoffen könnten, da die Rentenentwicklung an die Entwicklung der Löhne gekoppelt ist.

*Manfred Kays (Mitglied des KoReises der LAG betrieb&gewerkschaft.Niedersachsen)*

## Plakataktion des VfB Rot-Weiß Braunschweig

Vor neun Jahren startete der Sportverein VfB Rot-Weiß Braunschweig eine Plakataktion, um auf die soziale Schieflage in Braunschweigs Westlichem Ringgebiet aufmerksam zu machen und um für sein damals neu gestartetes Patenschaftsmodell zu werben. Dieses Modell ermöglicht es bis heute, dass Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien kostenfrei Sport in unserem Verein treiben und so ihre Freizeit sinnvoll gestalten können.

Die Reaktion auf die damalige Plakataktion war sehr ermutigend. Zahlreiche externe und interne Paten beteiligten sich zeitweise an dem Modell.

Aktuell sind 58 Kinder Nutznie-

ber dieses Patenschaftsmodells. Das entspricht rund 10 % der gesamten Vereinsmitglieder des



VfB Rot-Weiß. Trotz Unterstützung, unter anderem durch den Stadtsportbund Braunschweig, sind die Belastungen durch den Ausfall der Mitgliedsbeiträge

für den Verein natürlich enorm. Zumal sich die soziale Lage im Stadtbezirk in den letzten Jahren leider nicht gebessert hat. Im Gegenteil: War im Jahr 2000 jedes 3. Kind unter sechs Jahren auf Sozialhilfe angewiesen, so lebt aktuell fast jedes zweite Kind im Westlichen Ringgebiet von Hartz IV. Damals wie heute sind wir der Meinung, dass angesichts leerer öffentlicher Kassen besonders die Vereine gefordert sind, Maßnahmen zu ergreifen, die es diesen Kindern ermöglichen trotzdem am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Eine Ausgrenzung dieser Kinder wäre nicht nur moralisch unverantwortlich, sondern auch gesellschaftspolitisch hochbrisant.

Auf diese Problematik hat der Verein nun mit einer erneuten Plakataktion aufmerksam gemacht. Seit Beginn des Jahres 2010 werben Plakate im DIN-A-3-Format für die Unterstützung der sozialen Arbeit des VfB Rot-Weiß Braunschweig.

Der Landessportbund Niedersachsen hat in der Januar-Ausgabe seiner Mitgliederzeitschrift LSB-Magazin über diese Aktion berichtet. Im Lokalteil der BZ erschien am 21. 01. 2010 ein Bericht über die Aktion.

*Freundliche Grüße vom  
Madamenweg  
Bernhard Schnelle  
Pressewart des  
VfB Rot-Weiß 04 e.V. Braunschweig*

# Kindertagespflege: Frauen erfolgreich!

In Ergänzung zu Kindertagesstätten, gibt es auch das Angebot zur Kindertagespflege.

In der Kindertagespflege werden Kinder tagsüber in der Wohnung einer Tagespflegekraft Familie betreut. Auch in Braunschweig vermittelt die Stadt seit Jahren Plätze in der Kindertagespflege, 2008 waren hier etwa 150 Personen tätig mit insgesamt 440 betreuten Kindern. Die Eltern zahlen dafür ein Entgelt ähnlich wie beim Kindergarten und die Stadt bezahlt die Tagespflegekräfte.

Genau bei dieser Bezahlung lag der Hase im Pfeffer.

Bis 2008 bezahlte die Stadt je Kind und Betreuungsstunde schönd 2,73 € an die Pflegekraft. Das Fass kam zum Überlaufen als mit dem Kinderförderungsgesetz diese geringe Bezahlung ab 2009 auch noch sozialversicherungspflichtig wurde.

Die Braunschweiger Kindertagespflegekräfte, zumeist Frauen, taten sich zusammen um ihre Forderung nach einer angemessenen Bezahlung Geltung zu verschaffen. Als absolute Unter-

grenze wurden 4,50 € / Stunde gefordert, für fair wurden 6,50 € gehalten. Die Frauen beackerten die Ratsfraktion und den Jugendhilfeausschuss (JHA), mobilisierten die lokale Presse. Schon relativ bald hatten sie den JHA überzeugt, aber die Verwaltungsspitze und die CDU/ FDP-Ratsmehrheit blieben stur. Verschiedene Anträge von GRÜNEN, SPD und LINKEN wurden abgeschmettert. Schließlich mobilisierten die Frauen zu einer Kundgebung vor dem Rathaus und kündigten für das Frühjahr 2009 einen Streik

an, wenn keine Besserung eintritt. Die Stadt erklärte nun sie werde ab 01.01.2009 mehr bezahlen, bloß die Höhe könne sie noch nicht sagen. Schließlich wurde durchgesetzt rückwirkend ab 1.1.2009 eine Erhöhung auf 3,10 € und dann stufenweise über 3,60 € auf 4,10 € ab 01.01.2010. Noch kein Grund zum jubeln aber ein klarer Erfolg der Frauen in der Tagespflege im Kampf gegen ihre Unterbezahlung.

Die LINKSFRAKTION freute sich ein klein wenig hierzu beigetragen zu haben. *H.-G. Hartwig*

## Volksbegehren für gute Schulen

## Bildung . Chancen . Perspektiven

Am 13. November 2009 startete das Volksbegehren. Auslöser war die im Frühsommer 2009 von der CDU/FDP-Mehrheit gegen den massiven Protest von Schülern, Eltern und Lehrern im Landtag beschlossene verbindliche Einführung des Abiturs nach 12 Jahren auch an Gesamtschulen. Ziel des Volksbegehrens ist eine Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes in drei Punkten:

- Gymnasien und Gesamtschulen sollen zur Regelschulzeit

von 13 Jahren bis zum Abitur zurückkehren.

- Die Gründung von Gesamtschulen muss erleichtert werden, indem die vorgeschriebene Anzahl von fünf Parallelklassen auf vier bzw. im Ausnahmefall auch auf drei herabgesetzt wird.

- Die Vollen Halbtagschulen mit ihrer guten Lehrerversorgung sollen nicht abgeschafft, sondern als Pilotschulen für die zukünftige Gestaltung der Grundschulen in Niedersachsen bestehen bleiben.

Innerhalb eines Jahres müssen jetzt rund 610 000 Unterschriften für diese Forderungen gesammelt werden. Dann nämlich muss sich der Niedersächsische Landtag mit der Änderung des Schulgesetzes in diesen drei Punkten befassen. 610 000 Unterschriften sind keine einfache Aufgabe, aber sie sind zu schaffen!

Auch in Braunschweig hat sich eine Initiative für das Volksbegehren gebildet, in der vor allem Schüler und Eltern mitarbeiten. Mit Infoständen in der Stadt, mit

Informationsveranstaltungen und Klassenwettbewerben sollen die nötigen Unterschriften gesammelt werden. Auch Großveranstaltungen, unter anderem der 1. Mai oder der Braunschweiger Nachlauf sollen genutzt dazu werden, dass viele Braunschweiger Bürger sich in die Unterschriftenlisten eintragen.

DIE LINKE. unterstützt aktiv das Volksbegehren, weil die damit beabsichtigten Gesetzesänderungen der Schulpolitik unserer Partei entsprechen. *Gerald Molder*

### Bürgeranfrage bezüglich Sitzgelegenheiten im EKZ Elbestraße (Weststadt)

Da mir bewusst ist, dass in der Weststadt viele ältere und gehbehinderte Mitbürger wohnen und mir aufgefallen ist, dass aufgestellte Bänke abgebaut wurden, habe ich in der letzten Bezirksratssitzung im Teil Bürgerfragen nachgefragt, was mit den Sitzgelegenheiten in EKZ Elbestraße ist. Mir wurde mitgeteilt, dass die bestehenden Bänke abgebaut wurden, da dort immer alles verdreckt wäre, dies durch Alkoholiker und Penner verur-

sacht würde, eine Bewachung durch private Unternehmen nicht mehr möglich ist und im übrigen das ganze Privatgelände ist: Die Stadt plane allerdings an öffentlicher Stelle eine neue Bank aufzustellen. Dies ist ja schon ein guter Ansatz, allerdings ist bei der Menge der älteren Mitbürger mehr wie eine Bank nötig und die Umsetzung sollte baldmöglichst dann auch erfolgen.

Ich jedenfalls bleibe dran – auch bei anderen Sorgen der Bürger in der Weststadt!

*Von Birgit Wieczorek – Mitbürgerin in der Weststadt*

### Bürger- und Wahlkreisbüro **DIE LINKE.** Ursula Weisser – Roelle, MdL

Hier haben Sie die Möglichkeit, sich mit Ihren Fragen, Sorgen und Problemen an Ihre Landtagsabgeordnete zu wenden.

#### Filmabende am ersten Mittwoch

Wir zeigen Filme, die es nicht nur zu sehen lohnt, sondern auch zu diskutieren.

#### Rotes Frühstück

Jeden zweiten Monat an einem Sonnabend ab 10.00 Uhr: Ursula Weisser – Roelle lädt ein zu Information und Diskussionsrunde beim gemeinsamen Frühstück.

**Adresse: Frankfurter Str.10, 38122 Braunschweig**

**Tel. 05 31 / 4 82 91 35**

**rainernagel.dielinke@gmx.de**

**Bürozeiten: Mo. bis Do. 10.00 bis 13.00 Uhr**

**Mo. und Mi 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr**

**Homepage: [www.weisser-roelle.de](http://www.weisser-roelle.de)**

## Buchlesung im Wahlkreisbüro

„Guten Morgen du Schöne“, Maxie Wanders Frauenprotokolle wurden 1977 in der DDR und 1978 in der Bundesrepublik in Buchform veröffentlicht. Ihre Resonanz war überwältigend.

Einerseits zeigte das starke Echo in beiden deutschen Staaten eine weitgehende Übertragbarkeit der Probleme und Erfahrungen von Frauen trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme.

Andererseits wird aber gerade auch die eigenständige Entwicklung der Emanzipation in der DDR deutlich.

Maxie Wander protokolliert nicht im herkömmlichen Sinne. Sie nimmt die Selbstaussagen von Frauen auf, die über ihr Leben und ihre eigenen Erfahrungen sprechen, über ihre daraus gewonnenen Erkenntnisse und Sichtweisen, über ihre Wünsche und Träume.

Auf das verbindende in diesen 17 erzählten Frauenleben



wies Maxie Wander bereits im Vorwort hin: „Wir suchen nach neuen Lebensweisen, im Privaten und in der Gesellschaft. Nicht gegen die Männer können wir uns emanzipieren, sondern nur in der Auseinandersetzung

mit ihnen. Geht es uns doch um die Loslösung von den alten Geschlechterrollen, um die menschliche Emanzipation überhaupt.“

Maxie Wander, 1933 in Wien geboren und seit 1958 in der DDR lebend, wusste, wovon sie sprach. Sie wuchs in einem armen, kommunistisch geprägten Elternhaus auf, verließ ohne Abschluss die Schule, schlug sich mit den unterschiedlichsten Tätigkeiten durch und wusste bereits vor der Veröffentlichung des Buches von ihrem nahen Krebstod.

Ihre Art zu leben, ihr „Zweifeln, Forschen, Fragen“, das sich auch deutlich darin ausdrückt, wie sie die Frauen in ihrem Buch zu Wort kommen lässt.

Christa Wolf, Verfasserin des Vorworts von „Guten Morgen du Schöne“ charakterisiert

das Buch und ihre Freundin gleichermaßen: „Ich behaupte nicht, Frauen seien von Natur aus mehr als Männer vor politischem Wahndenken, vor Wirklichkeitsflucht gefeit . . . aber wir werden uns gewöhnen müssen, dass Frauen nicht mehr nur nach Gleichberechtigung, sondern nach neuen Lebensformen suchen. Vernunft, Sinnlichkeit, Glückssehnsucht setzen sie dem bloßen Nützlichkeitsdenken und Pragmatismus entgegen – jener „Ratio“, die sich selbst betrügt.

Am 16. März 2010 führen wir um 19.00 Uhr eine Lesung von „Guten Morgen du Schöne“ im Wahlkreisbüro von Ursula Weisser – Roelle durch. Interessenten sind dazu und natürlich auch zur anschließenden Diskussion herzlich eingeladen.

*Rainer Nagel*

## Rosa Luxemburg – ein Film von Margarete von Trotta

Rosa Luxemburg gehört zu den Interessantesten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Klein, dunkelhaarig, eher unauffällig, faszinierte sie durch natürlichen Charme, mitreißendes Temperament. Sie sprühte vor Ideen, war außergewöhnlich gebildet, vielseitig talentiert und sehr ergeizig. Das ermöglichte ihr, sich als emanzipierte Frau zu behaupten, ohne an Situationen der Ohnmacht und persönlichen Niederlagen zu zerbrechen. So beschreibt die Biographin Annelies Laschitzka Rosa Luxemburg.

Vor dem Hintergrund der nur angedeuteten politischen Ereignisse in den Jahren 1905 bis 1919 zeigt Margarete von Trotta in ihrer Filmbiografie über Rosa Luxemburg diese eigenwillige und sowohl in der Politik aus auch im



*Rosa Luxemburg*

Privaten kompromisslose Frau, die in ihren Reden und Zeitungsartikeln leidenschaftlich gegen den Krieg plädiert und sich von einer sozialistischen Revolution eine humanere Welt verspricht. In dem Film werden besonders

Rosa Luxemburgs Gefühle beschrieben und er weist beispielsweise auf ihren mit der politischen Arbeit unvereinbaren Wunsch nach einem Kind hin. Weder im politischen noch im privaten duldet Rosa Luxemburg Unklarheiten. Durch ihre kompromisslose Haltung gerät sie zunehmend in Konflikt mit der Parteiführung der SPD, die unter Friedrich Ebert 1914 dafür sorgte, dass

die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig für die Kriegskredite stimmte. Von 1916-1918 ist Rosa erneut eingesperrt, dieses Mal im Rahmen einer „Sicherheitsverwahrung“. Im November 1918 konnte sie

nach Berlin zurückkehren gründete den Spartakusbund, der die direkte Vorstufe zur Gründung der Kommunistische Partei Deutschlands war.

Am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg zusammen mit Karl Liebknecht von Mitgliedern des Freikorps und unter Duldung von Reichswehrminister Gustav Noske, SPD ermordet.

Wer diesen Film erstmals – oder bereits zum x-ten Male ansehen möchte – am 2. März ist dazu in meinem Wahlkreisbüro Gelegenheit.

Natürlich auch, um anschließend ausgiebig darüber zu diskutieren.

Über den Film, über Rosa, über den Kampf um Gerechtigkeit. Beginn ist 19.00 Uhr.

*Ursula Weisser – Roelle*

## Veranstaltungen des Braunschweiger Bündnisses 8. März

### Programmpunkte:

- 1.-12. März „Frauenarbeit - Frauenarmut - Und wie Kinder es sehen“, Ausstellung, DGB-Frauen, Gewerkschaftshaus
- Sa., 6. März, 14:30 Uhr „In die Jahre gekommen - Frauen im Alter“, Stadtrundgang, AK Andere Geschichte, Treffpunkt Michaeliskirche, Echternstraße.
- So., 7. März, 10:00 Uhr „Die wundersame Welt der Waschkraft“, Sekt - Kultur - Film, Matinee, DGB-Frauen, Universum-Filmtheater, Eintritt 7 €
- So., 7.03. 14:00 Uhr Frauenkleiderbörse, Mütterzentrum, Hugo-Luther-Str. 60 A
- So., 7.03. 19:30 Uhr „Dem Himmel entgegen“, musikalische Veranstaltung mit Werken von Isabella Leonarda und Literatur von Alexandra Davin-Néel, Der Guelfen Freüdenspiel, St.-Petri-Kirche, Bäckerklint, Eintritt 10/8 €,
- Mo., 8. März, 16:30 Uhr Empfang zum Internationalen Frauentag, Café Haertle, Theaterwall 1. Schauspielerin Ursula Temps liest von Bertolt Brecht „Die unwürdige Greisin“, mit Musik und Beiträgen der Bündnisfrauen
- Mo., 8. März, 18:30 Uhr „Alt geworden, jung geblieben“, Gottesdienst zum Internationalen Frauentag, Katharinenkirche, Kirchen-FrauenKonvent
- Di., 9. März, 19:00 Uhr „Qigong zum Ausprobieren“, Frauen-Union, Senioren-Residenz Tuckermannstr. 14
- Mi., 10. März, 19:00 Uhr „Briefe gegen das Vergessen“, Non-Stop-Schreibabend von Appellbriefen, Amnesty International, KaufBar, Helmstedter Str. 135
- Do., 11. März, 20:00 Uhr „50 Plus – Schöner altern“, Lesung mit Luise Pusch, Frauenberatungsstelle, VHS Alte Waage – nur für Frauen!
- Fr., 12. März, 20:00 Uhr „Wer hat Angst vorm bösen Wolf?“, Internationales Frauentheater, Bartholomäuskirche, Schützenstr. 5a
- Sa, 13. März, 10:00 Uhr Hexenfrühstück, ASF/SPD, Schlossstr. 8
- Sa, 13. März, 19:00 Uhr Filmnacht: „Lina Braake“, „An Ihrer Seite“, Bd. 8. März, Seniorenzentrum Am Wasserturm, Husarenstr. 79, Eintritt 5 €

## So erreichen Sie DIE LINKE. in Braunschweig

DIE LINKE. Kreisverband Braunschweig  
Güldenstraße 6, 38100 Braunschweig  
Tel./Fax: 0531 / 480 37 22  
E-Mail: kontakt@die-linke-bs.de, www.die-linke-bs.de

### Bürostunden im ROTEN FORUM:

**Mo 9.30 - 12 Uhr und 16 -18 Uhr,  
Di, Do und Fr jeweils 16 - 18 Uhr  
Güldenstraße 6, 38100 Braunschweig**

### DIE LINKE. Braunschweig in folgenden Stadtbezirksräten:

*Stadtbezirk 111: Wabe-Schunter*

Gerald Molder (Gerald.Molder@t-online.de)

*Stadtbezirk 120: Östl. Ringgebiet*

Ralf M. Ehlers (ralf.m.ehlers@die-linke-bs.de)

*Stadtbezirk 132: Viewegs Garten - Bebelhof*

Lothar Vogel (lvogel@gmx.de)

*Stadtbezirk 213: Südstadt-Mascherode-Rautheim*

Christiane Joenck (christiane.joenck@die-linke-bs.de)

*Stadtbezirk 221: Weststadt*

Andrea Ottmer (ottmer@web.de)

*Stadtbezirk 310: Westlicher Ring*

Gisela Ohnesorge (gisela-ohnesorge@t-online.de)

Udo Sommerfeld (Udo.Sommerfeld@braunschweig.de)

*Stadtbezirk 331: Nordstadt*

Nicolas Arndt (nicolas.arndt@die-linke-bs.de)

### Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Braunschweig

Platz der Deutschen Einheit 1

38100 Braunschweig

Sie erreichen uns telefonisch oder per Fax meistens montags bis freitags zwischen 10.00 und 17.00 Uhr im Rathaus Altbau, Raum 1.58 und 1.62, unter folgenden Nummer:

Gisela Ohnesorge

Udo Sommerfeld

Tel.: 0531 - 470 2409

Fax: 0531 470 2410

E-Mail: Linksfraktion@Braunschweig.de

www.linksfraktion-braunschweig.de

**Hier kann jeder mitdiskutieren: ROTES FORUM BRAUNSCHWEIG  
erreichbar über:**

**www.die-linke-bs.de oder www.linksfraktion-braunschweig.de**

**Die Zeitung Braunschweig konkret ist die Zeitung der Partei DIE LINKE. Braunschweig.**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck: Druckerei Knust, Glesmarode / Auflage: 500

**Unsere Bankverbindung: Kto. 640 991 301 • BLZ 250 100 30 • Postbank Hannover**

V.i.S.d.P.: Gisela Ohnesorge, Güldenstraße 6, 38100 Braunschweig